

ten

Das Binder Grösswang Magazin

Dezember 2013

For copyright reasons
image is not available

BINDER GRÖSSWANG

COMPETENCE YOU CAN COUNT ON.

CREATIVITY - INNOVATION - PROTECTION

bindergroesswang.at

10

3	Editorial	
4	Cover Story	<i>Silence is Golden</i>
9	Guest Commentary	<i>Andreas Koman: Internet Fitness. New Challenges</i>
10	Spotlight	<i>Das Binder Grösswang IP-Team</i>
12	Briefing	<i>Apps und Mobile Services – die Zukunft wird Gegenwart</i>
13	Opinions	<i>Technologie und Recht</i>
14	Focus on Art	<i>Der Maler Ulrich Plietschnig</i>
16	Background	<i>Crowdfunding</i>
17	Up to Date	<i>Rechtssplitter & Deals</i>
20	Invitations	<i>Alumni & Early Bird</i>
22	Others about Us	<i>Pressestimmen</i>
23	Welcome on Board	<i>Neu im Team</i>

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber: BINDER GRÖSSWANG Rechtsanwälte GmbH, Sterngasse 13, 1010 Wien | Chefredaktion: Esther Lajta-Fichtinger | Redaktionsteam: Florian Khol, Stefan Tiefenthaler, Emanuel Welten | Art Director: www.bbck.at, Karin Beinsteiner | Fotos: Franz Helmreich Fotografie, Thomas Schauer studio for photography | Druck: Remaprint Druck- und Verlagsgesellschaft, Neulerchenfelder Straße 35, 1160 Wien | Herstellungsort: Wien | Beiträge von Gastautoren geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht der Meinung der Kanzlei entsprechen. Fragen richten Sie bitte an magazin@bindergrösswang.at | Aus Gründen der Lesbarkeit verzichten wir darauf, konsequent die männliche und weibliche Formulierung zu verwenden. Wir meinen selbstverständlich beide Geschlechter und bitten unsere Leserinnen und Leser um Verständnis. | Die verwendeten Fotos und Logos sind Eigentum von Binder Grösswang, soweit nicht anders gekennzeichnet. Alle Rechte vorbehalten. | Dieses Magazin stellt lediglich eine generelle Information und keinesfalls eine Rechtsberatung von Binder Grösswang dar.

www.bindergrösswang.at

Article I, Section 8, Clause 8 der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, bekannt als Copyright Clause, ermächtigt den United States Congress

“TO PROMOTE THE PROGRESS OF SCIENCE AND USEFUL ARTS, BY SECURING FOR LIMITED TIMES TO AUTHORS AND INVENTORS THE EXCLUSIVE RIGHT TO THEIR RESPECTIVE WRITINGS AND DISCOVERIES.”

Diese weise Bestimmung fasst in ihrer Kürze (fast) alles zusammen, was Immaterialgüterrecht ausmacht. Gefördert werden soll der Fortschritt von Wissenschaft und Kunst, also Erfindungen und Werke mit künstlerischem Anspruch; der Schutz darf aber nur für begrenzte Zeit gewährt werden.

Verstanden werden muss der eher restriktive Zugang vor dem Hintergrund des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Damals beruhte die Finanzierung des feudalen Herrschaftssystems der europäischen Monarchien auch auf vielfältigen Monopolen, die es im neuen Gemeinwesen in keiner Form mehr geben sollte.

Dem Schutz von Erfindungen und Werkschöpfungen stand (und steht) die These gegenüber, dass Kopieren per se vielleicht manchem intellektuellen oder ethischen Anspruch nicht gerecht werden mag, aber auch durchaus positive Konsequenzen haben kann. Produkte und Dienstleistungen kommen auf den Markt, die erheblich billiger sind, weil der Nachahmer keinen Forschungs- und Entwicklungsaufwand hat. So ist in den Vereinigten Staaten von Amerika der Einsatz von Generika nach Ablauf der jeweiligen Patentdauer schon seit Jahrzehnten geboten um die Kosten für die Gesundheit der Bürger zu begrenzen.

Gleichwohl müssen Forschung, Entwicklung und Kreativität durch Patent- und Urheberrecht geschützt werden, denn sonst kämen sie ganz zum Erliegen. Der Anspruch des Erfinders auf angemessene Vergütung wird stets in Konflikt zum Verlangen stehen, gratis in den Genuss aller Errungenschaften der Menschheit zu gelangen.

Article I, Section 8, Clause 8 of the US Constitution, known as the Copyright Clause, authorises the United States Congress “to promote the Progress of Science and useful Arts, by securing for limited Times to Authors and Inventors the exclusive Right to their respective Writings and Discoveries”.

This wise provision summarises in brief (nearly) all the essentials of intellectual property law. The object is to promote science and art, i.e. inventions as well as creations of artistic quality, but protection may be granted for a limited time only. This rather restrictive approach must be understood against the background of the late 18th century. At that time the financing of the European monarchies was substantially generated through a wide range of monopolies, which were no longer to exist in the new commonwealth.

Alongside the principle of protecting inventions and artistic creations, there has always been the opposing proposition that while copying may not live up to high intellectual and ethical standards, it does entail positive consequences. Products and services enter the market that are substantially cheaper than those originating from the inventor, as the copyist does not bear the costs of research and development. US state laws have been mandating the use of generic drugs after expiry of the respective patents so as to limit the expenses of health care.



At the same time, research, development and creativity must be protected by patent and copyright laws, otherwise such activities will come to a halt. The inventor’s claim to adequate compensation will always be in conflict with the wish to share in all progress of mankind for free.

Michael Kutschera

Managing Partner, Binder Grösswang

... IST NICHT NUR EIN LIED VON BOB GAUDIO UND BOB CREWE. DAS SCHWEIGEN IM BEREICH VON GESCHÄFTS- UND BETRIEBSGEHEIMNISSEN BEDEUTET IN DER WIRTSCHAFT ERFOLG, MARKTVORSPRUNG. SOLCHE GEHEIMNISSE HABEN OFT EINEN HOHEN WIRTSCHAFTLICHEN UND DAMIT FINANZIELLEN WERT.

*Walter J. Sieberer
Herausgeber wirtschaftsanwaelte.at,
Redakteur „Anwälte für die Wirtschaft“
(Wirtschaftsblatt)*

SILENCE IS GOLDEN

> Viele Unternehmen sind sich der Wichtigkeit und Komplexität der Querschnittsmaterie Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen nicht bewusst. Maßgeblich für den Schutz von Know-how sind neben dem Vertragsrecht vor allem Aspekte des unlauteren Wettbewerbs, des Urheberrechts, des Datenschutzrechts, des Arbeitsrechts, aber auch des Strafrechts. Zum Schutz solcher Geheimnisse kann man nicht einfach in sensiblen Zonen des Unternehmens eine Videoüberwachungsanlage einbauen oder den einbezogenen Personen oder Kooperationspartnern „Knebelverträge“ vorlegen. Vielmehr ist ein umfassender Prozess der Bewusstseins-schaffung im Unternehmen erforderlich. „Auch externe Dienstleister wie zum Beispiel IT-Systemadministratoren, vor allem aber Vertriebspartner, Lizenznehmer und sonstige Geschäftspartner müssen für die eigenen Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sensibilisiert und in den Geheimnisschutz einbezogen werden. Denn auch hier besteht eine Gefahrenquelle für Geheimnisverluste“, erklärt Binder Grösswang IP Partner Ivo Rungg praxisbezogen.

In der Geschäftswelt ist es auch Usus, dass Geschäftspartner wechseln oder Mitarbeiter ein Unternehmen verlassen. Wenn man mit diesen Situationen des freien Marktes konfrontiert wird, stellt sich speziell bei hochqualifizierten „Geheimnisträgern“ (die eben nicht nur Mitarbeiter, sondern auch langjährige Geschäftspartner sein können) schnell die Frage, ob damit nicht auch ein unerwünschter Wissenstransfer erfolgt.

„Faktum ist, dass diese Gefahr nicht nur bei Mitarbeitern besteht, die offensichtlich Zugang zu Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen haben, sondern auch durch Assistenten, Sekretärinnen oder externe Vertragspartner. Diese bekommen durch das Daily Business und eine regelmäßig intensive Zusammenarbeit viele Informationen mit, deren Offenbarung nach außen ein Unternehmen schädigen könnte“, erläutert Hellmut Buchroithner, Counsel bei Binder Grösswang und wie Ivo Rungg ebenfalls Experte für geistiges Eigentum und damit auch für den Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. „Geheimnisverlust kann auch durch temporär Tätige, z.B. Leiharbeiter oder Prakti-

BINDER GRÖSSWANG IM GESPRÄCH

Das Bewusstsein, über Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse zu verfügen und deren Schutz ausreichend abzusichern, ist teilweise nicht sehr ausgeprägt. Wie sehen Sie die Situation am heimischen Markt?

Rungg: Es stellt sich immer wieder heraus, dass die Wenigsten wirklich wahrnehmen, mit welcher Hydra man es beim Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zu tun hat, rechtlich und organisatorisch. Diese Querschnittsmaterie betrifft eine Vielzahl verschiedener Gebiete, sodass sich bei Spezialisierungen oft keiner für alles zuständig fühlt. Im rechtlichen Kern ist der Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen – der „Trade Secrets“ – einer der klassischen Teilbereiche des geistigen Eigentums. Für eine gute Strategieberatung ist ein Team aus Rechtsexperten, In-House-Verantwortlichen und IT-Beratern nötig.

„Wir raten unseren Mandanten zu einem strategischen Sicherheitskonzept.“

Wenn es schon so schwer für den Unternehmer ist, sich hier zurechtzufinden, wie kann er dann in diesem Bezug seine Mitarbeiter sensibilisieren – überhaupt in Zeiten von Social Media?

Rungg: Neben vertraglichen Vereinbarungen ist dies vor allem auch eine Sache der Bewusstseinsbildung. Wenn die eigenen Mitarbeiter nicht einmal wissen, was die für das eigene Unternehmen wesentlichen Betriebsgeheimnisse sind, dann ist es schwer von ihnen zu verlangen, diese auch geheim zu halten. Sogar gegenüber langjährigen Mitarbeitern in F&E-Abteilungen ist es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass sie über geheim zu haltendes Spezialwissen verfügen, zumal diesen dessen Bedeutung aufgrund ihrer tagtäglichen Beschäftigung oft nicht mehr bewusst ist. Ein fachlicher Austausch bei einem Kongress ist wichtig, aber es muss auch Grenzen geben – dann nämlich, wenn es dem Mitbewerber zu Informationen verhilft, deren Verlust dem eigenen Unternehmen schaden kann. Dazu kommt, was leicht übersehen wird, dass bei internen Karriereschritten eventuell auch der Dienstvertrag angepasst werden muss. Sonst passiert es, dass z.B. bei Dienstnehmererfindungen Fragen aufkommen, die eben leider nicht rechtzeitig geregelt wurden.

Was raten Sie Ihren Mandanten?

Buchroithner: Wir raten unseren Mandanten zu einem strategischen Sicherheitskonzept, in dem mit den Beteiligten – das sind neben den Mitarbeitern auch externe Kooperationspartner – genau abgeklärt wird, wo die absoluten No-Gos liegen. Diese sollten dann bestmöglich vertraglich festgehalten und geschützt werden.

Inwieweit kann man einen scheidenden Kooperationspartner oder Arbeitnehmer hindern, das erworbene Wissen für andere Zwecke zu nutzen?

Rungg: Es gibt eine Unterscheidung zwischen eigenen Erfahrungen und Geheimnissen. Geheimnisse kann man schützen, und zwar auch über die jeweilige Vertragsbeziehung hinaus, Erfahrungen hingegen nicht. Insbesondere das Fortkommen von Arbeitnehmern darf ja nicht erschwert werden. Zudem ist zu beachten, was auch Dritte von sich aus in Erfahrung bringen können, Stichwort: Reverse Engineering.

Wie sieht es aus, wenn Unternehmen Forschungsaufträge an externe Institute vergeben?

Buchroithner: Universitäten stehen Wirtschaftsunternehmen zwar gerne als Innovationspartner zur Verfügung, lassen sich generell aber nicht auf vertragliche Regelungen ein, die es ihnen untersagen, die Ergebnisse ihrer Forschungstätigkeit auch selbst zu nutzen. Bei solchen Kooperationen ist aber ein Einvernehmen üblicherweise leicht zu finden. Hier wird in den Vereinbarungen definiert, wie das erworbene Wissen genutzt werden darf. Die Regel ist, dass das Unternehmen die kommerzielle „Ausbeutungshoheit“ über die Forschungsergebnisse erhält, und das Institut auf dem wissenschaftlichen Zweig weiterarbeiten darf.

Rungg: Diese Art von Verträgen treffen regelmäßig klare Abgrenzungen, da eben die Interessen so verschieden sind. Aber auch hier ist eine IP-rechtliche Beratung vorab ratsam, da das Interesse einer Universität auch darin liegt, Forschungsergebnisse zu publizieren.

Wie kann der Unternehmer besser agieren? Was würden Sie sich wünschen, was können Sie empfehlen?

Buchroithner: Wir würden empfehlen, diesen Bereich ganzheitlich und möglichst früh anzugehen, d.h. rechtlich und strategisch, denn Geschäftsgeheimnisse hat praktisch jedes Unternehmen, auch wenn es noch so klein



Ivo Rungg und Hellmut Buchroithner im Gespräch

ist. Man denke nur an Kundenlisten oder wirtschaftliche Kalkulationen, an denen jedenfalls ein Geheimhaltungsinteresse besteht. Wichtig ist auch, alte Verträge mit „Geheimnisträgern“ regelmäßig zu überprüfen und bei Bedarf nachzujustieren.

Rungg: Das Bewusstsein für geistiges Eigentum betrifft in der Praxis leider oft nur registrierte Rechte wie Marken, Patente oder Gebrauchs- und Geschmacksmuster. Darüber hinausgehendes Know-how bleibt dabei oft unbeachtet. Dessen Schutz wird häufig der Loyalität der Mitarbeiter und der Redlichkeit der Geschäftspartner überlassen. Dabei wissen (ehemalige) Mitarbeiter und Geschäftspartner oft gar nicht, welches erworbene Wissen sie nutzen dürfen und welches eben nicht. Bei scheidenden Arbeitnehmern empfehlen sich daher entsprechende Exit-Interviews, bei Geschäftspartnern ausdrückliche vertragliche Regelungen.

In a recent interview, Binder Grösswang IP experts Ivo Rungg and Hellmut Buchroithner stressed how important it is for companies to identify their essential trade secrets and take comprehensive measures to protect those not safeguarded by intellectual property rights (e.g. patents).

Only if trade secrets have been identified, Rungg pointed out, is it possible to build secrecy awareness among staff and external cooperation partners and, in particular, to stipulate contractually where the absolute no-gos lie.

R&D cooperation is another area in which companies often need strategic legal advice, added Buchroithner, since universities have an interest in publishing the results of their research.



„In einer globalisierten Welt werden umfassende Schutzmaßnahmen in Bezug auf Know-how und Strategien eines Unternehmens immer wichtiger.“

Maximilian J. Riedel,
Geschäftsführer
Riedel Glas Gruppe



„Die Sicherung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen hat bei uns einen besonders hohen Stellenwert, auch im Interesse unserer Kunden und Partner.“

Otto Hanemann, European
Patent Attorney, Lenzing AG

Die beiden Experten von Binder Grösswang wissen, dass Unternehmen natürlich relativ viel – aber nicht alles – z.B. im Rahmen von Patenten schützen lassen können oder – mit durchaus berechtigten wirtschaftlichen Überlegungen – wollen. Denn nicht alles kann geschützt werden, umgekehrt hat eine Registrierung zur Folge, dass das Geheimnis offengelegt wird und nach Ablauf des Patentschutzes, der ja maximal 20 Jahre beträgt, jedem zur Verfügung steht. Bei der Fülle von wirtschaftlichen und technischen Informationen, die in einem Unternehmen vorhanden sind, sollte man daher evaluieren, welche davon tatsächliche wertvolle Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse darstellen, die im Unternehmen bleiben müssen. Ob dies überhaupt möglich ist, hängt ganz wesentlich davon ab, ob diese wirtschaftlichen oder technischen Informationen öffentlich zugänglich sind oder nur einer gewissen Gruppe von Leuten, ob sie eine Besonderheit des Unternehmens sind und es daher wirtschaftlich geboten und legitim ist, diese Dinge geheim zu halten.

Besondere Probleme ergeben sich bei trendigen unternehmerischen Einsparungsmaßnahmen (Stichwort „bring your own device“), wissen Rungg und Buchroithner und erinnern daran, dass die Verwendung betriebsfremder Geräte einer der klassischen Risikofaktoren ist, deren Einsatz man sich als Unternehmen daher gut überlegen sollte. Hier gilt es, im Vorfeld exakt abzuwägen, inwieweit man sich dabei der Gefahr des Geheimnisverlusts aussetzen kann und möchte. Ähnliches gilt für Einsparungsvarianten wie Outsourcing von EDV-Dienstleistungen oder die Speicherung von Unternehmensinformationen in einer Cloud, und damit fernab des Unternehmenssitzes und oft in anderen Rechtsordnungen. Wenn Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse einmal an Leute geraten, die diese nicht mehr schützen (müssen), sind sie für immer keine Geheimnisse mehr und verlieren für das Unternehmen erheblich an Wert. Daher sollte ein verantwortliches Unternehmen schon einen Schritt zuvor ansetzen und genau überlegen, welche Informationen an welche externe Bereiche ausgelagert werden und welche Informationen nur intern gespeichert oder nur einem gewissen Kreis zugänglich sein sollen. Denn es gibt nur eine einmalige Chance, Geheimnisse zu schützen. Dass es keinen zweiten Versuch gibt, liegt in der Natur der Sache. ●

kanten, drohen. Bereits ein Smartphone kann genügen, um sensibelste technische und wirtschaftliche Informationen gleichsam abzusaugen“, so Rungg weiter.

Für Otto Hanemann, zuständig für IP/IT bei der Lenzing AG, bedeutet das, neben den publizierten Unternehmensrichtlinien auch strategische Maßnahmen zu implementieren, wie etwa die Durchführung laufender Schulungen für die einzelnen Abteilungen.

Auch im freien Wettbewerb unterliegt das Handeln gewissen rechtlichen Grenzen, deren Überschreitung rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann. Es liegt schon in der Natur der Sache, dass z.B. ehemalige Vertriebs- und Geschäftspartner sowie Mitarbeiter ihr Wissen mitnehmen. Nicht selten ist die Kommunikation solchen Wissens jedoch wettbewerbsrechtlich unzulässig, teilweise sogar strafbar. Wenn Verletzungen offenbar werden und es nicht schon vorher entsprechende Vorkehrungen gegeben hat, ist oft aber die erforderliche Beweisführung schwierig.

SILENCE IS GOLDEN

As the song says, silence can be golden, especially with respect to industrial secrets, which often have a high commercial value. In order to be able to preserve that silence, a comprehensive awareness-building process is a must, not only in-house but also among external service providers such as IT system administrators, distributors and other business partners.

Even then, the possibilities for disclosure of industrial secrets are manifold: through temporary employees, outsourcing of IT services, storing of company information in a cloud – even smartphones have an inherent risk. For Otto Hanemann, responsible for IP/IT at Lenzing AG, this means that in addition to publishing company rules and regulations, strategic measures are needed, for instance training sessions for the individual departments.

Moreover, it is in the nature of things that employees of all levels change jobs and, naturally, take their knowledge with them. Usually they are contractually bound to maintain confidentiality on certain information even after leaving a firm, and an infringement can even constitute a criminal offence.

However, Binder Grösswang experts Ivo Rungg and Hellmut Buchroithner point out that the legal aspects involved in industrial secrecy are highly complex, relating not only to contract law and criminal law but also to aspects of competition law, intellectual property law, data protection law and labour law.

They also point out that companies have the option of protecting certain knowledge – but not all – from use by their rivals by patenting it. This, on the other hand, has the effect that the knowledge in question becomes public, and, moreover, patent protection lasts a maximum of 20 years. Considering the huge amount of information, both commercial and technological, that is involved in the operation of a business, it is essential to decide which items actually need to be protected and to devise and implement an effective preventive strategy as soon as possible, for once a secret has been disclosed, the commercial and financial damage is already done; there are no second chances.

GUEST COMMENTARY

INTERNET FITNESS. NEW CHALLENGES

The global networking brought about by the Internet has completely redefined the concepts of transparency, access to knowledge and data utilisation. New forms of communication have sustainably altered lines of business and at the same time opened up new business segments.

As a result, legislators are constantly encountering new challenges: In dealing with subjects such as broadband expansion and digital divide, data protection and data storage, net neutrality and intellectual property rights, security and the “transparent citizen”, the requirements of the 21st century have to be taken into account and up-to-date framework conditions have to be created where necessary.

The challenges that present themselves are complex and interdisciplinary in nature. Intellectual property rights legislation has to be made “Internet-fit”, so that private persons as well as start-up entrepreneurs can utilise the diversity of the Internet without continually running the risk of infringing the law. The EU Directive on the reuse of public sector information has to be implemented, an independent and effective supervisory authority needs to be set up, and open data have to become the basis for innovative applications and services.

Finally, the broadband infrastructure must be expanded to meet rapidly growing data traffic demands – accompanied by market regulation that safeguards equal opportunities in terms of competition between providers and ensures that the granting of subsidies remains technology-neutral and does not cause any distortion of competition.

As such, there is still a great deal to be done in order to tap the growth potential of the digital industry swiftly and fully. Some countries are attempting to achieve this goal by placing a thematic focus on it, for instance by making a specific member of the government responsible for all issues related to the Internet and the digital economy. Sweden, France and Romania have chosen this model.



Andreas Koman
President of ISPA -
Internet Service Providers Austria

IP ENSEMBLE



MAGDALENA BERNHARD

ASSOCIATE

MMag. Magdalena Bernhard, BBakk. ist seit 2013 Teil des IP-Teams von Binder Grösswang und unterstützt vor allem im Marketing- und Internetrecht sowie im Urheber-, Marken- und Datenschutzrecht. Neben Rechtswissenschaften studierte sie auch Russisch und Bosnisch/Kroatisch/Serbisch.

Magdalena Bernhard has been part of the IP team at Binder Grösswang since the beginning of 2013, providing support primarily in the fields of marketing law and Internet law as well as in copyright and trademark law and data protection law. Besides law, she also studied Russian and the Bosnian/Croatian/Serbian languages.

MARTIN WALSER

ASSOCIATE

Mag. Martin Walser ist vorrangig auf Informationstechnologie- sowie Marketing- und Medienrecht spezialisiert. Sein rechtlicher Fokus liegt auf neuen Medien und Technologien. Walser, an der Universität Innsbruck und der Yale University ausgebildet, hat zum Urheber-, Lauterkeits-, IT- und Datenschutzrecht publiziert und war auch schon Gastvortragender an der Yale University.

Martin Walser specialises primarily in information technology law as well as in marketing and media law. His legal focus lies on new media and technologies. Walser, who studied at the University of Innsbruck and Yale University, has published articles on copyright law, unfair competition, IT and data protection law, and has been a guest speaker at Yale.

THERESA STELZHAMMER

TRAINEE

Theresa Stelzhammer steht vor dem Abschluss ihrer Studien der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck und spezialisiert sich auf das Recht des Geistigen Eigentums.

Theresa Stelzhammer has nearly completed her studies of law and economics at the University of Innsbruck and specialises in intellectual property law.

CORINNA KIRCHEBNER-TSCHERK

PARALEGAL

Corinna Kirchebner-Tscherk kümmert sich bei Binder Grösswang um die Markenverwaltung, -verlängerung und -überwachung sowie um den Schutz vor Produktpiraterie. Seit vielen Jahren ist sie fixer Bestandteil des IP-Teams von Binder Grösswang.

At Binder Grösswang, Corinna Kirchebner-Tscherk takes care of the administration, extension and monitoring of trademarks as well as protection against product piracy. She has been an established member of Binder Grösswang's IP team for many years.

LAETIZIA RIEDEL-RÖTHLISBERGER

ATTORNEY AT LAW

Mag. Laetizia Riedel-Röthlisberger berät insbesondere im Muster- und Designschutz und hat im Rahmen ihrer Tätigkeit bei zahlreichen innovativen Produktentwicklungen begleitet. Ihr Schwerpunkt liegt dabei insbesondere auf der Ausarbeitung geeigneter Schutzstrategien sowie der vertraglichen Umsetzung.

Laetizia Riedel-Röthlisberger primarily advises clients on trademark and design copyrights, and in the course of her career she has advised on numerous innovative product developments. Her main focus is on the elaboration of suitable protection strategies as well as their contractual implementation.

HELLMUT BUCHROITHNER

COUNSEL

Dr. Hellmut Buchroithner, LL.M. (Tulane) ist profunder Kenner aller Facetten des Foto- und Bildnisschutzes. Darüber hinaus berät er internationale und nationale Mandanten in allen Fragen des geistigen Eigentums, insbesondere im Urheberrecht, Marken- und Musterschutz und im Vertragsrecht. Er ist Verfasser zahlreicher Publikationen zum Zivil- und Urheberrecht.

Hellmut Buchroithner, LL.M. (Tulane) is a consummate expert on all aspects of photo and image protection. He also advises international and Austrian clients on all intellectual property issues, particularly in the fields of copyright law, trademark law, design protection and contract law. He is the author of numerous publications on civil law and intellectual property law.

STEFAN ALBIEZ

PARTNER

Dr. Stefan Albiez ist ausgewiesener Spezialist im Bereich Prozessführung und leitet eines der Dispute Resolution Teams von Binder Grösswang. Neben seinem Fokus auf die Beratung und Vertretung von Mandanten bei der Abwehr von Ansprüchen aus Anlageberatung und sonstigen Finanzdienstleistungen vertritt er schwerpunktmäßig insbesondere auch in immaterialgüterrechtlichen Auseinandersetzungen vor Gerichten und Behörden.

Stefan Albiez is a recognised specialist in the field of litigation and heads one of Binder Grösswang's dispute resolution teams. In addition to advising and representing clients in their defence against claims arising from investment consulting services and other financial services, he also focuses on the representation of clients in intellectual property disputes before the courts and other authorities.

IVO RUNGG

PARTNER

Dr. Ivo Rungg ist seit vielen Jahren auch im Werbe- und Internetrecht, Wettbewerbsrecht, grenzüberschreitenden Schutz von Know-how und Datenschutz sowie im Urheber- und Markenrecht profiliert. Seit 2004 leitet er das IP-Team von Binder Grösswang. Er betreut österreichische und internationale Unternehmen bei komplexen rechtlichen Fragestellungen einschließlich deren Durchsetzung. Rungg ist unter anderem Mitglied der International Trademark Association (INTA) und der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e.V. (GRUR) und publiziert laufend in Fachzeitschriften.

Ivo Rungg has been a recognised expert in the fields of advertising and Internet law, law against unfair competition, cross-border protection of know-how, data protection law, and intellectual property and trademark law for many years. He has headed Binder Grösswang's IP team since 2004. He advises Austrian and international companies on complex legal issues, including their enforcement. Rungg is a member of the International Trademark Association (INTA), the German Association for the Protection of Intellectual Property (GRUR) and others, and regularly publishes articles in professional journals.

APPS UND MOBILE SERVICES – DIE ZUKUNFT WIRD GEGENWART

Das Internet ist für Unternehmen unverzichtbar geworden. Im letzten Jahr soll der weltweite E-Commerce-Umsatz erstmals die Billionen-Dollar-Marke überstiegen haben. Schätzungen gehen davon aus, dass 2012 der Umsatz im europäischen Onlinehandel 312 Milliarden Euro betrug und diese Umsätze weiter rasant ansteigen werden. Auch die Online-Umsätze österreichischer Unternehmen wuchsen in den letzten Jahren um jährlich bis zu 28%. Neben der Website und dem Social Media Auftritt ist der sogenannte M-Commerce der aufstrebende Zukunftsmarkt im E-Business: M-Commerce, das ist Online-Shopping mit mobilen Geräten unter Verwendung eigener Apps. Die jüngsten Marktentwicklungen zeigen, dass sich Tablets und Smartphones zum primären Zugangskanal der Unternehmen zu Ihren Kunden und zugleich zu einem zentralen Service- und Vertriebsinstrument entwickeln.

Oft übersehen App-Betreiber jedoch, neben ihren Marketing- und Gestaltungsüberlegungen auch auf die rechtlichen Rahmenbedingungen zu achten. Zwar wird vieles bereits von der „klassischen“ Unternehmens-Website bekannt sein, aber bei Apps ist – ähnlich wie bei Social Media Auftritten – der rechtliche Rahmen wesentlich komplexer: Schon bei der Entwicklung von Apps ist darauf zu achten, dass die technischen Details und Funktionen entsprechend abgesichert werden. Auch die rechtliche Verantwortung für Rechtsverletzungen (etwa wegen Bereitstellung von Texten, Bildern, Videos und Tönen) sollte vertraglich ebenso eindeutig geregelt werden, wie auch eine Regelung für die Behebung von Bugs und die Weiterentwicklung (Stichwort Updates).

Apps greifen häufig auf Dienste internationaler Drittanbieter (Third-Party-Services) zurück. Diese setzen regelmäßig ausländischem Recht unterliegende fremdsprachige Nutzungsbedingungen ein, mit denen ein ausschließlicher Gerichtsstand fernab von Österreich „mit einem Klick“ vereinbart wird. Dritt-Services und -inhalte umfassen nicht nur Softwarekomponenten und Plug-Ins, sondern meist auch Texte, Bilder, Videos und Musikstücke. Die Reichweite der Lizenzen ist dabei detailliert zu prüfen, um unangenehme Überraschungen zu vermeiden. Lizenzverstöße können nicht nur in Rechtsstreitigkeiten mit dem Drittanbieter münden, sondern auch als Missachtung der Nutzungsbedingungen des App Stores angesehen werden, was zur Entfernung aus dem App Store führen kann.



Die jeweiligen App Stores haben nämlich strenge Nutzungsbedingungen, die nicht verhandelbar sind und oft kalifornischem Recht und Gerichtsstand unterliegen. Der Kunde als App-User steht dabei in einer Dreiecksbeziehung zum Anbieter des App Stores (z.B. Apple oder Google) und zum App-Anbieter. Dazu kommen auch noch allfällige Vertragsbeziehungen des Kunden zu den Drittanbietern.

Nach den Nutzungsbedingungen der App Stores übernehmen die App-Anbieter volle Verantwortung für Schadenersatz, Gewährleistung und Support. Dies ist insbesondere aufgrund der bekannten Datenschutzdiskussionen (Stichwort: Standortdaten) von besonderer Brisanz. Der Einsatz entsprechender allgemeiner Geschäftsbedingungen durch den App-Anbieter wird damit unerlässlich, um diese Risiken zumindest zu reduzieren.

Zudem sind die Vorschriften gegen den unlauteren Wettbewerb, das Urheber- und das Markenrecht zu beachten. Die gesetzlichen Impressums- und Offenlegungsvorschriften des Mediengesetzes und des E-Commerce-Gesetzes sind ebenso einzuhalten wie die fernabsatzrechtlichen Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes, das besondere Belehrungs- und Informationspflichten erhält. Daneben bestehen telekommunikations- und datenschutzrechtliche Aufklärungs- und Zustimmungspflichten. Trotz des geringen Platzes auf Mobilgeräten gibt es für Apps keinerlei gesetzliche Privilegierungen. Im Gegenteil, Verstöße, auch ausländischer Anbieter, unterliegen gesetzlichen Strafdrohungen und dem Risiko, dass ein Mitbewerber Unterlassungsklage erhebt und eine einstweilige Verfügung gegen den App-Anbieter beantragt.

Rechtlich gut gerüstet erreicht man aber jedenfalls Kunden in einer neuen Qualität und Intensität, die die klassische Werbung nicht (mehr) bieten kann.



Ivo Rungg
Binder Grösswang
IP-Team

OPINION

INDUSTRIAL SECRETS IN HIGH-TECH COMPANIES

Industrial secrets play an important role in the increasingly global and competitive industrial sector. They usually pertain to core competences of technology-oriented companies and concern information of a commercial, technological and product-and-process-specific nature. The best way to protect industrial secrets is to take the term literally, in other words, to keep them secret. This strategy, however, does not always work: product-relevant information can, for example, be easily acquired through reverse engineering. Paradoxically, therefore, the protection of industrial secrets is closely linked with their detailed disclosure: patenting.

“Aggressive” patent strategies lend themselves to “obvious” or “traceable” core competences. The “hidden” pieces of information, on the other hand, are kept secret within the company. The danger of this approach is that a competitor could patent comparable know-how and thereby achieve priority status for it. This happens more often than one might expect, particularly when new “enabling technologies” are released. Such technologies enable the rapid development of numerous derivative innovations. For example, parallel computing opened up new possibilities in image processing, which in turn led to innovative features in the automobile industry such as lane detection or automatic parking. Another example is computer tomography, which can now also be used for real-time industrial quality control of a wide variety of assembly-line components.

Acquiring global patent protection is, however, time-consuming and expensive. An expedient alternative is “defensive” patent protection. A company will use this approach to prevent its competitors from asserting a claim to certain know-how. Traditionally, companies pursuing this strategy have published the know-how in the form of scientific articles or kept daily protocols of their technological advancements. Today, some companies have decided to take a far more radical approach, namely to disclose non-central core competences and make them available to the open-source community in order to prevent, among other things, competitors from asserting a claim to them.



The important thing, in any case, is to choose a suitable strategy and implement it consistently.

Federico Giudiceandrea
CEO MICROTEC Srl

OPINION

ONLINE-BEWERTUNGEN: HERAUSFORDERUNG UND CHANCE FÜR UNTERNEHMEN

Mit dem Aufkommen von Social Media haben sich für Arbeitgeber neue Herausforderungen und Chancen ergeben. Teil davon ist das Internetportal www.kununu.com, das monatlich von rund 1,5 Millionen Usern frequentiert wird. kununu ist die größte Arbeitgeber-Bewertungsplattform im deutschsprachigen Raum und verbucht aktuell 475.000 Erfahrungsberichte zu rund 138.000 Unternehmen.

Erfahrungsberichte im Internet beeinflussen zunehmend die Suche nach Arbeitgebern. Dank Social Media ergeben sich für Unternehmen neue Möglichkeiten, durch positive Erfahrungsberichte ihre Anziehungskraft gegenüber Bewerbern zu erhöhen. Für einige Unternehmen ist diese spannende Entwicklung aber auch irritierend. Neben Lob für den Arbeitgeber gibt es fallweise auch kritische Zeilen zu lesen. Unabhängig davon, ob der Erfahrungsbericht positiv, neutral oder kritisch ausfällt: Auf den richtigen Umgang kommt es an. Mit Reputationsmanagement, beispielsweise in Form von kostenlosen Stellungnahmen, können Arbeitgeber gute Bewertungen als Werbe-Booster einsetzen und kritischen Kommentaren den Wind aus den Segeln nehmen.

Die strengen kununu-Regeln bezwecken die Einhaltung der rechtlichen und moralischen Richtlinien. Dennoch gibt es einzelne Unternehmen, die im ersten Reflex den Weg der Beschwerde oder einer rechtlichen Auseinandersetzung überlegen. Im letzteren Fall sind Online-Plattformen und ihre Rechtsberater durchaus gefordert. Wengleich verärgerte Unternehmen die Bedeutung der freien Meinungsäußerung oft unterschätzen, ist die Grenzziehung zwischen rechtlich zulässiger Kritik und verbotenen Exzess mitunter nicht leicht. Dafür ist neben einem Community-Management bei Beschwerden viel Fingerspitzengefühl erforderlich, um Persönlichkeitsrechte und das Image der Unternehmen, aber auch die Meinungsfreiheit der User zu schützen.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass manche Unternehmen noch unsicher sind, wie sie mit der neuen Transparenz im Netz umgehen sollen. Dahingehend agieren



wir gerne als Wegbegleiter und beraten die Firmen, wie sie die Erfahrungsberichte ihrer Mitarbeiter sinnvoll für Employer Branding und Recruiting einsetzen können.

Martin Poreda
CEO kununu GmbH



Der Maler Ulrich Plieschnig

Von Silvie Aigner, Kunsthistorikerin, Kuratorin, Wien

> Ulrich Plieschnig stellt – auch wenn er seit einiger Zeit auch im Bereich der Steinskulptur arbeitet – stets die Malerei in den Mittelpunkt seines künstlerischen Schaffens. Er gehört zu jener Generation von MalerInnen, die sich von den „wilden Farbschlachten“ der 1980er-Jahre emanzipierte und zu Lösungen im Tafelbild fand, die das Material selbst und die malereiimmanenten Themen in den Mittelpunkt einer räumlich-illusionistischen Abstraktion stellte.

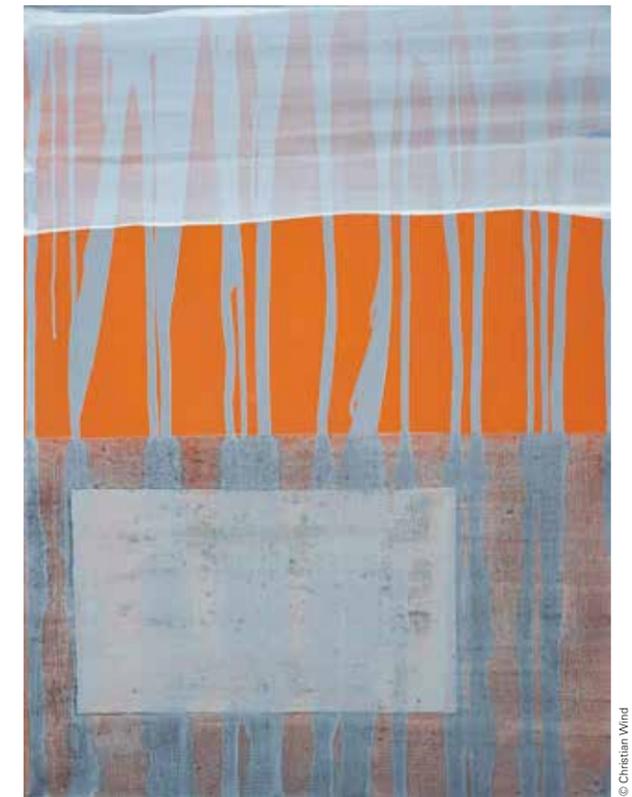
Plieschnigs Arbeiten tendieren dabei vor allem zu einem formal strengen Bildaufbau, in dem die eigene Handschrift zurückgenommen wird. Die Farbe wird nicht mit dem Pinsel aufgetragen, sondern auf die Leinwand geschüttet. So unternimmt sie scheinbar wie von allein ihre Schritte, verdichtet sich, formt Rinnspuren und folgt dennoch dem vom Künstler vorgegebenen Verlauf, den er unter einer gewissen Einbeziehung des Zufalls kontrolliert. Seine Palette fokussiert im Wesentlichen auf die Farben Orange, Indigo, Grau und die „Nichtfarben“ Weiß und Schwarz, die er als verdünnte Ölfarben auf die Leinwand aufschüttet.

Die Dualität einer horizontalen und vertikalen Ausrichtung bestimmt die Komposition. Dass in seinen Bildern zuweilen Landschaften entdeckt werden, stört ihn nicht: „Ich bin in der Landschaft der Nockberge aufgewachsen und habe einen gewissen romantischen Zugang zur Natur entwickelt.“ Doch entwirft Ulrich Plieschnig eine abstrakte Partitur auf der Leinwand, die im besten Fall den BetrachterInnen bekannt vorkommt, indem sie in der Überlagerung von Farbe und Struktur räumliche Assoziationen evoziert. ●

Die beiden Werke „Bild für einen weißen Fluss“, 1998, Öl auf Leinwand, 80 x 60 cm, sowie „silk“, 1997, Öl auf Leinwand, 80 x 60 cm, hängen im Innsbrucker Büro von Binder Grösswang.

Ulrich Plieschnig, geb. 1959 in Klagenfurt, lebt und arbeitet in Wien. Plieschnig studierte Malerei an der Akademie der bildenden Künste, Wien, bei Walter Eckert und Markus Prachensky und an der Accademia di Belle Arti, Perugia, bei Bruno Orfei.

Er ist mehrfach ausgezeichnete Preisträger. Seine Werke finden sich u.a. in der Graphischen Sammlung Albertina, Wien, im Kupferstichkabinett, Akademie der bildenden Künste, Wien, im Lentos Kunstmuseum, Linz, im Museum Moderner Kunst Kärnten, Klagenfurt, und in zahlreichen privaten Sammlungen (z.B. Sammlung Liaunig, Neuhaus, oder Sammlung Angerlehner, Thalheim/Wels) sowie in internationalen Ausstellungen. Längerfristige Arbeitsaufenthalte in Australien, Neuseeland, USA, Indonesien, Brasilien, Japan, Portugal und Südindien haben sein Werk entscheidend mitgeprägt.



BACKGROUND CROWDFUNDING



CROWDFUNDING IN AUSTRIA

Even if governments and regulators will not admit it: Increased regulatory capital requirements under Basel III and the financial crisis generally, forcing banks to also reduce their risk-weighted assets, have made it increasingly difficult for businesses to secure financing from credit institutions. A recent report from the Austrian Central Bank shows that between August 2012 and April 2013 the annual growth rates of loans to business enterprises slowed down from 3.4% to a mere 0.8%.¹

Due to the difficulty of acquiring financing, businesses have been trying to tap new sources of credit. Increasingly, crowdfunding is being seen as a viable alternative for sourcing capital. Crowdfunding is the practice of funding a project or venture by raising many small amounts of money from a large number of people, typically via the Internet.² In these markets, any individual can propose an idea that requires funding, and other interested individuals can contribute funds to support the idea.³ Crowdfunding may appear as an attractive investment to consumers, as the interest rates paid by banks on deposits are currently near zero.

In response to the growing demand, the Austrian Parliament recently increased the threshold exemption from the prospectus requirement for the public offering of securities from EUR 100,000 to EUR 250,000 generally and for the offering of shares in a cooperative to EUR 750,000.

While this amendment is a step in the right direction, the raising of capital by crowdfunding remains hampered by legal obstacles. First, the acceptance of funds from other parties for the purpose of management or as deposits (deposit business) requires a banking license.

Second, the private placement exemption from the prospectus requirement does not permit sizeable financing, and publication of a prospectus generates considerable costs for small ventures. The prospectus must be authorised by the Austrian Financial Market Authority (FMA) and has to be published one day before the issue. It costs around EUR 30,000 to compile a prospectus for corporate bonds, which, however, remains valid for only 12 months.

The FMA, bound to enforce the statutory requirements, has recently prosecuted crowdfunding initiatives as unlicensed banking business. These have even included the financing of infrastructure projects by municipalities and the financing of NGOs by interest-free loans.

While there are multiple ways to avoid the license requirement stipulated by the Federal Banking Act (BWG), in the absence of clear FMA guidelines every case has to be analysed and approved on a case-by-case basis. Solutions approved by the FMA, albeit under certain conditions, include:

- Subordinated loans
- Bond issues
- Stakeholdings in a cooperative
- Sale-and-leaseback

Concerning the prospectus requirement, the EU Prospectus Directive, which has been implemented through the Austrian Capital Markets Act (KMG), includes the possibility of increasing the threshold exemption to up to EUR 5 million.⁴ The current threshold in Austria of EUR 250,000 is low in comparison. On 5 July 2013, the Austrian Parliament passed a resolution urging the government to evaluate how the current regime could be improved. Furthermore, it pressed the government to foster the establishment of a European legal framework for crowdfunding platforms.

It remains to be seen whether, following the elections in September of this year, the new government will respond to the parliament's request.



Michael Binder
Binder Grösswang
Banking-Team

1 OTS0030: OeNB: Kreditwachstum in Österreich schwächt sich ab, Euroraum bleibt weiterhin zurück OTS0030 5 WI 0476 ONB0001 Tue., 2 July 2013

2 <http://www.oxforddictionaries.com/definition/english/crowdfunding>

3 <http://lexicon.ft.com/Term?term=crowdfunding>

4 Gruber, Crowdfunding und das KMG, ZFR 2013/60

UP TO DATE RECHTSPRECHUNG

UBIQUITY OF THE INTERNET – CYBERSPACE JURISDICTION IN EU COPYRIGHT CASES

According to a recent decision of the European Court of Justice (ECJ), mere accessibility of websites offering copyright-infringing content can constitute jurisdiction in any or all of the 27 EU Member States.

Alongside and as an alternative to the general rule of Europe's harmonised system of cross-border jurisdiction that defendants domiciled in an EU Member State may be sued where they are domiciled, in matters relating to torts, a plaintiff may sue in the courts competent for the place where the harmful event occurred or may occur. However, in cyber tort cases (committed via the Internet), such places are difficult to determine. The ECJ has now clarified the question on international jurisdiction in Internet-related copyright cases in the EU. An English musician living in France sued an Austrian company before a French court, seeking compensation for damage sustained on account of infringement of his copyrights, alleging that the company had reproduced 12 of his songs on a CD pressed in Austria without his authorisation and that several UK companies had marketed such CDs through various websites which were (also) accessible in France.

The French Court of Cassation asked the ECJ to render a preliminary ruling on the place of jurisdiction for Internet-related copyright infringements. According to the ECJ, if infringing content offered online is accessible in a particular Member State (in this case, France), the courts of that Member State may adjudicate on an alleged infringement of copyrights protected there, irrespective of where the infringement in fact occurred. In the absence of the defendant's domicile in the forum Member State, jurisdiction is, however, limited to the damage caused in that forum Member State.

As in recent decisions on the alleged infringement of personality rights and on trademark infringements, the ECJ emphasised that in cases involving such cyber torts (as opposed to contract cases involving consumers), it is not a requirement for the activity giving rise to the harm to be directed to the Member State in which the deciding court is situated.

(ECJ, 3 October 2013, C-170/12)

SOFT LAW GOES TOUGH

At the moment, a lot of discussion in the Austrian media is circling around the question of whether the so-called "settlement procedure" is a good thing or not. When the Austrian Federal Competition Authority (FCA) devised the settlement procedure in 2012, it actually did not have a concrete legal basis. It still doesn't. The settlement procedure was developed out of negotiations with the first companies who discussed the possibility of settling their cases with the FCA.

The incentive for the companies involved is that the FCA procedure is shortened substantially and the companies are offered a reduction on the possible fine they might otherwise incur. The settlement is negotiated between the FCA and the respective companies. If agreement is reached, the settlement is not concluded by the FCA alone, but rather an application is made to the Cartel Court for the respective fine (that was previously agreed upon between the parties). The proceedings before the Cartel Court are therefore usually limited to one hearing and are mainly based on the facts as provided by the

AUSTRIAN SUPREME COURT CHANGES RULING ON SURETYSHIPS

According to a recent decision of the Austrian Supreme Court (Oberster Gerichtshof), the transmission of a signed declaration of suretyship (Bürgschaftserklärung) by facsimile is sufficient and therefore complies with the requirements of the Austrian General Civil Code (Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch – ABGB). This decision changed previous case law, which had been criticised by legal scholars.

Generally, the classic form of a personal security is a suretyship (Bürgschaft). Its main characteristic is its accessory nature. This means that a suretyship can only be validly concluded if the principal obligation has validly come into existence, and will only be valid for as long as and to the extent that the principal obligation is valid.

Pursuant to section 1346 para 2 of the Austrian General Civil Code, in order for a suretyship to be valid, the surety's declaration of liability needs to be made in writing. The rationale for this requirement is to protect the person willing to act as a surety against carelessness.

In its recent decision, the Austrian Supreme Court had to rule on the issue of a declaration of suretyship transmitted to the creditor via facsimile. Deviating from prior case law, the court held that the suretyship had been entered into validly, even though the signed declaration of suretyship was not presented to the creditor as an original document, but transmitted only via fax. The court held that the declaration needed to be signed in the original version, and therefore the "written form" requirement of was fulfilled. Another requirement of section 1346 of the Austrian General Civil Code is that the declaration of suretyship has to be delivered (handed over) to the creditor. However, according to the Supreme Court decision, it is no longer necessary for the secured creditor to receive the original version; the transmission of the suretyship by facsimile has the same legal effect.

(OGH 31 July 2013, 9 Ob 41/12p)

parties. Nevertheless, the fine ultimately imposed is one handed down by the Cartel Court.

Up to now, settlement proceedings have been used approximately ten times (in two of these cases, Binder Grösswang represented the companies involved). Major cartel cases have been handled in this way, the top one being a fine of EUR 20.8 million imposed on REWE in a settlement regarding the Austrian food and supermarket sector (the second-highest fine imposed to date for competition law infringements in Austria). There are people saying that settlements are not transparent and that they prevent the development of "genuine" case law, which in turn could provide a better guideline for the conduct of business enterprises. Nevertheless, one has to weigh this disadvantage against the time and cost savings that a settlement can provide, if properly applied. However, whatever people say, the fact is that the "new" settlement procedure has become an important tool in the Austrian competition law landscape.

UP TO DATE RECHTSSPLITTER

EU-VORSTOSS ZUR SAMMELKLAGE

Zu Beginn großer rechtlicher Auseinandersetzungen zählt die mehr oder weniger subtile, oft öffentlichkeitswirksam platzierte Drohung mit einer „Sammelklage“ mittlerweile europaweit zum einheitlichen Bild. Alles andere als harmonisiert ist hingegen, was unter einer Sammelklage zu verstehen ist.

Die Vielschichtigkeit der nationalen Unterschiede hat die Europäische Kommission in ihrer öffentlichen Konsultation aus dem Jahr 2011 erhoben und unternimmt nun mit einer Empfehlung einen neuen Vorstoß.

Erklärtes Ziel der Kommission ist die Etablierung und Vereinheitlichung eines kohärenten Konzepts des kollektiven Rechtsschutzes, um Bürgern und Unternehmen zur effizienten Durchsetzung ihrer durch EU-Recht garantierten Rechte zu verhelfen. Der Fortbestand der europäischen Rechtstraditionen soll gesichert, die Ausbildung von class actions nach US-Art dezidiert verhindert werden. Um sich klar von diesen abzugrenzen, verwendet die Kommission in ihrer Empfehlung bewusst nicht den Begriff „Sammelklage“.

Leitgedanke ist, dass es Privatpersonen und Unternehmen künftig möglich sein soll, im Falle einer Schädigung einer Vielzahl von Personen durch ein und dasselbe rechtswidrige Verhalten kollektiv eine Unterlassungsklage und gegebenenfalls auch eine Schadenersatzklage zu erheben. Materiell hat die Kommission neben dem Verbraucherschutz offenbar insbesondere die Bereiche Finanzmärkte, Wettbewerb und Umweltschutz vor Augen. Dabei schwebt ihr ein „Opt-in“-Klagsmodell vor. Die „klagende Partei“ soll sich somit durch ausdrückliche Zustimmung ihrer jeweiligen Mitglieder bilden.

Dem Wunsch der Kommission, den EU-Bürgern einen effektiven Rechtsschutz zu gewährleisten, steht zwangsläufig die Gefahr gegenüber, missbräuchlichen Klagen gegen Unternehmen Tür und Tor zu öffnen. Die Kommission selbst ortet eine potentielle Missbrauchsgefahr bei bestimmten Formen erfolgsabhängiger Honorare und im Falle der Zulässigkeit eines Strafschadenersatzes („punitive damages“). Zur Klageführung legitimierte Organisationen sollen



© Fotolia.com

zudem gemeinnützig sein müssen. Vor dem Hintergrund, dass die Beteiligung von Prozessfinanzierern aus Sicht der Kommission aber grundsätzlich zulässig sein soll, wird noch zu diskutieren sein, ob allein die Gemeinnützigkeit einer Organisation gewährleisten kann, dass sich diese bei der Prozessführung tatsächlich nur von den Interessen der von ihr Vertretenen leiten lässt.

Die zentrale Rolle der Missbrauchskontrolle schreibt die Kommission den nationalen Richtern zu. Das klingt zwar spannend, je nach Rechtstradition wird aber in erster Linie der nationale Gesetzgeber gefordert sein, klare Regelwerke zu schaffen, die nachvollziehbar den Rahmen der zulässigen kollektiven Prozessführung abstecken.

Binnen zwei Jahren sollen die Mitgliedstaaten nun die geeigneten Maßnahmen zur Etablierung eines effektiven kollektiven Rechtsschutzes ergreifen. Die Kommission will dann evaluieren, ob weitere Maßnahmen auf europäischer Ebene erforderlich sind oder nicht.



Stefan Albiez
Binder Grösswang
Dispute Resolution-Team

UP TO DATE DEALS

MERGER IN COOPERATIVE BANKING SECTOR



Binder Grösswang acted as legal transaction counsel in connection with the merger of Volksbank Vienna and Volksbank Baden, which was successfully completed in October 2013. **Michael Binder** (banking regulatory/M&A) and **Gottfried Gassner** (M&A/corporate) headed the Binder Grösswang team, which advised on all relevant legal issues of the merger, in particular on structuring the transaction, banking regulatory issues, corporate law, anti-trust law and labour law. The merger has created the largest bank in the Austrian Volksbanken cooperative banking sector.

TURKISH ACQUISITION FINANCING

Stefan Tiefenthaler and senior associate Stephan Heckenthaler advised the Prinzhorn Group, UniCredit Bank Austria and Oberbank AG on the financing of the acquisition of the listed Turkish paper production plant Dentas by the Prinzhorn Group. Dunapack Packaging, part of the Prinzhorn Group, acquired 98% of the shares in the fourth-largest Turkish paper and cardboard packaging manufacturer Dentas Ambalaj ve Kagit A.S., mainly from Abaloglu Holding. Binder Grösswang acted as transaction counsel in this acquisition finance transaction. The financing was supported by the Austrian export finance bank OeKB.

UNIQA CORPORATE BOND

Binder Grösswang acted as the Austrian legal advisor of the underwriters in connection with the issuance of the EUR 350 million subordinated fixed-to-floating-rate bonds of UNIQA Insurance Group AG. The bonds qualify as supplementary capital under Solvency I and their issuance is intended to strengthen and optimise UNIQA's capital resources and capital structure in preparation for Solvency II. The Binder Grösswang lawyers involved included partners Florian Khol, Tibor Fabian (both Capital Markets experts) and Michael Binder (Regulatory Insurance).

SUCCESS IN SUPREME COURT



In its decision of 4 September 2013, Ob 110/13x, regarding the obligation of a court-appointed expert to provide information, the Austrian Supreme Court non-appealably dismissed the action of a party accused in criminal proceedings requesting that the court-appointed expert be required to provide detailed information on his insurance cover, thereby confirming the decisions of two lower courts. The expert was successfully represented by **Christian Klausegger**, Head of Dispute Resolution at Binder Grösswang.

MERGER PROCEEDINGS ON SIX-PAYLIFE ACQUISITION



Binder Grösswang partner **Raoul Hoffer** and his team advised SIX, which operates the infrastructure underpinning the Swiss financial sector, in the merger proceedings before the Austrian Competition Authority concerning the acquisition

of the shares in the Austrian card provider PayLife Bank GmbH, the Austrian market leader in the field of cashless payment. The transaction was cleared in a Phase II proceeding before the Cartel Court. So far, this has been the most prominent merger control case in Austria this year.

METROSTAV ACQUIRES BEMO TUNNELLING FROM ALPINE BAU



Binder Grösswang, with **Gottfried Gassner** and **Ivo Rungg** heading the team, advised Metrostav in connection with its acquisition of BeMo Tunnelling GmbH (Innsbruck) out of the bankruptcy of Alpine Bau GmbH. Following a tightly-timed bidder process, BeMo Tunnelling is now able to continue its business operations under a new, stable ownership. BeMo Tunnelling specialises in the engineering and construction of all kinds of underground structures. Metrostav is the largest construction company in the Czech Republic.



ALUMNI 2013

BINDER GRÖSSWANG LUD AM 7. NOVEMBER ZUM ALLJÄHRLICHEN ALUMNI-TREFFEN. DIESMAL BEGANN DIE VERANSTALTUNG MIT EINER EXKLUSIVEN NACHTFÜHRUNG DURCH DEN TIERGARTEN SCHÖNBRUNN. AN DIE 70 ALUMNIS FOLGTEN DER EINLADUNG UND NÜTZTEN DIE GELEGENHEIT ZUM PERSÖNLICHEN TREFFEN, ERFAHRUNGS- UND INFORMATIONSAUSTAUSCH. DER ABEND KLANG IN ENTSPANNTER ATMOSPHÄRE IM KAISERPAVILLON DES TIERGARTENS SCHÖNBRUNN AUS.

Binder Grösswang held its annual ALUMNI meeting on 7 November 2013. This year the event started with an exclusive nighttime tour through Schönbrunn Zoo. About 70 alumni accepted the invitation to participate and took the opportunity to meet with former colleagues, exchange experiences and share information. The evening ended in a relaxed atmosphere at the Kaiserpavillon of the Schönbrunn Zoo.



© Elke Meyer



BINDER GRÖSSWANG early bird

IM RAHMEN DER **BINDER GRÖSSWANG-SEMINARREIHE EARLY BIRD** REFERIEREN EXPERTEN VON BINDER GRÖSSWANG ZU AKTUELLEN ENTWICKLUNGEN IM WIRTSCHAFTSRECHT UND DEREN AUSWIRKUNGEN IM GESCHAFTSALLTAG.

In the framework of the seminar series "early bird", Binder Grösswang experts of different practice areas explain and discuss latest developments in law and commentary documentation and review their applicability and effects on everyday business.

© Elke Meyer

Binder Grösswang Partner Andreas Hable und Rechtsanwalt Univ.Prof. Christoph Urtz referierten am **18.11.2013** zum Thema „**Totalreform Steuerverfahren ab 1.1.2014: Von der Beschwerde an das Bundesfinanzgericht zur Revision an den VwGH**“.

Binder Grösswang Partner Andreas Hable and attorney-at-law Prof. Christoph Urtz lectured on the subject "The total tax reform process from 1.1.2014" on 18 November 2013.



Am **21.11.2013** trug Binder Grösswang Partner Johannes Barbist gemeinsam mit den Gastreferenten Helge Heinrich und Roland Schachl zum Thema „**Beihilfen im Recht – Brennpunkt Öffentliche Unternehmen / Universitäten**“ vor.

On 21 November 2013, Binder Grösswang partner Johannes Barbist, together with Helge Heinrich and Roland Schachl, presented the topic "Legal Aid - Focal Public Companies/Universities".



CHAMBERS EUROPE 2013 ON RESTRUCTURING / INSOLVENCY

Clients are very satisfied with this firm, which draws on expertise from its banking and corporate departments to advise on complex restructurings. It advises on pre-insolvency reorganisations and also handles distressed M&A deals. Sources say: "Amazing. The lawyers put in all their energy to meet deadlines."

IFLR EDITION 2014 ON BANKING

Independent Austrian firm Binder Grösswang has one of the strongest banking and finance practices in the country. The firm is particularly strong on lender side representation and has good relationships with some of the country's leading institutions and international banks.

ADVOCATUS CLIENTS' AWARD 2013 FOR BINDER GRÖSSWANG

Binder Grösswang has been awarded the "Advocatus Clients' Award 2013", conferred by the daily newspaper "Die Presse", in the categories "Banking and Finance" and "Capital Markets".

JUVE, MAGAZIN FÜR WIRTSCHAFTSJURISTEN IN ÖSTERREICH, SEPTEMBER/OKTOBER 2013

Eine in Gesellschaftsrecht/M&A führende Kanzlei, die von Mandanten für ihre „perfekte Kundenorientierung“ und für „Verfügbarkeit, Präzision und Verwertbarkeit der Beratung sowie Hands-on-Mentalität“ gelobt wird. ... BGs branchenspezifische Restrukturierungs- u. Regulierungsexpertise ist stark nachgefragt. Neben Transaktionen im Bankgeschäft ... erweist sich ihre Branchenexpertise auch im Energiebereich immer öfter als Wettbewerbsvorteil.

Für die im Marken- und Wettbewerbsrecht geschätzte Praxis spielte zuletzt die transaktionsbegleitende Beratung eine größere Rolle. „Es ist eine Freude, mit den Anwälten zusammenzuarbeiten“, lobt ein Mandant. ... Auch Banken ... setzen auf die Expertise bei IP-Due-Diligences. Daneben stehen komplexe Fragen wie die Vertretung der Academy of Motion Picture Arts & Sciences u.a. bei der Verteidigung der 3D-Gemeinschaftsmarke der Oscar-Statue.

THE LEGAL 500 2013 ON EU AND COMPETITION

'A guarantee of quality', Binder Grösswang Rechtsanwälte has 'a forward-thinking and commercial approach'... Raoul Hoffer is recommended for his expertise across national and EU antitrust issues.

WELCOME ON BOARD

Binder Grösswang ist weiter gewachsen.



MAURIZIA ANDERLE-HAUKE BANKING & FINANCE

Mag. Maurizia Anderle-Hauke (38) verstärkt das Binder Grösswang-Team seit November 2013 als Rechtsanwältin. Sie ist auf Bank- und Kapitalmarktrecht spezialisiert. Sie berät Banken, Investmentfonds und Finanzdienstleister in allen Bereichen des Aufsichtsrechts, insbesondere beim Markteintritt und den damit zusammenhängenden regulatorischen Fragen, sowie bei Fragen der Beratungs- und Prospekthaftung. Nach ihrem Studium an der Universität Wien war Anderle-Hauke bei internationalen Kanzleien als Rechtsanwältin tätig.

Maurizia Anderle-Hauke (38) has been working with Binder Grösswang as an attorney at law since November 2013, specialising in the fields of banking and capital markets law. She advises banks, investment funds and financial services providers in all areas of supervisory law, in particular in relation to the market entry of financial services providers as well as consultancy and prospectus liability. Before joining Binder Grösswang, Maurizia worked for international law firms as an attorney at law. She has a law degree from the University of Vienna.



Das neue Kartellrecht

The Binder Grösswang experts Raoul Hoffer and Johannes Barbist are the authors of a commentary on the changes to antitrust and competition law introduced by the 2012 Antitrust and Competition Law Amendment Act (Kartell- und Wettbewerbsrechts-Änderungsgesetz), which came into force on 1 March 2013.



Das unternehmensweite Risikomanagementsystem aus der Sicht der Internen Revision

The Binder Grösswang lawyers Johannes Barbist and Martin Walser are the contributors of a chapter on Austrian data protection in the legal textbook Das unternehmensweite Risikomanagementsystem aus der Sicht der Internen Revision [The Corporation-Wide Risk Management System from an Internal Auditing Perspective].



Europäisches Beihilfenrecht

The Binder Grösswang partners Raoul Hoffer and Johannes Barbist are the authors of several chapters in the new commentary on European state aid law. Over 60 authors thoroughly analyse and critically discuss the decision making of the European Commission as well as the case law of the European Courts.



Handbuch Genussrechte

The Binder Grösswang associate Walter Loukota is the author of a contribution on international tax law in the publication Handbuch Genussrechte [Participation Rights Handbook]. The book provides a comprehensive overview of the various tax consequences and the accounting of the various instruments.